

Letzte Änderung: Landesschüler*innenparlament in Elmshorn am 21/22. April 2025

Im Folgenden findet ihr die Arbeitsfassung des Grundsatzprogramms. Bitte macht euch Gedanken bezüglich der Änderungen.

Solltet ihr Verbesserungsvorschläge bezüglich des Inhaltes oder der Formulierungen haben, so bitten wir euch, euch mit eurem Landes Vorstandsmitglied in Verbindung zu setzen. Die Aufteilung seht ihr unten:

Die Markierten Anträge müssen in die Satzung übernommen werden.

Schule und Ressourcen

Bundesschülerkonferenz - Finanzen

Die Finanzkoordination der BSK ist skandalös, da im Durchschnitt 600 € pro Person nur an einer Tagung ausgegeben werden. Dies wird unter anderem durch die Auswahl von Hotels und teuren Tagungsräumen forciert. Gelder, die dort verloren werden, können nicht für die Basis ausgegeben werden. Wir setzen uns für eine effizientere Steuergeld Nutzung bezüglich der Tagungskosten ein.

Äußere und innere Differenzierung

In Gemeinschaftsschulen ist es von besonderer Bedeutung, eine sinnvolle Unterteilung zwischen Binnen- und Außendifferenzierung in die Lernkonzepte mit einzuplanen. Äußere Differenzierungen sind besonders in den Kernfächern und Fremdsprachen wichtig. Hier profitieren die Schülerinnen und Schüler vom Lernen mit anderen Schüler*innen, die auf ihrem jeweiligen Leistungsniveau angesiedelt sind. So können Schülerinnen und Schüler in diesen elementaren Fächern gezielter und besser gefördert werden. Dies ist besonders mit Hinblick auf die Examensvorbereitung am Ende der Mittelstufe sinnvoll. Die Binnendifferenzierung ist das zu befürwortende Modell in den anderen Fächern. Hier können Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Leistungsniveaus gemeinsam lernen und somit unter anderem von einem besseren Zusammenhalt innerhalb des Klassenverbandes profitieren.

MSA-Prüfungen 2024

Wir fordern aufgrund der Erleichterungen, die den MSA Schülerinnen und Schülern im Abschlussjahr 2023, 2022, 2021 und 2020 zugekommen sind, auch für den kommenden Abschlussjahrgang der Mittleren Reife im Jahr 2024 vergleichbare Erleichterungen. Es soll dementsprechend erneut die Möglichkeit bestehen, ein Prüfungsfach abzuwählen zu können. Wir begründen diese Forderung mit der Tatsache, dass die Prüfungsvorbereitung nach wie vor unter Corona litt, da bereits im neunten Jahrgang Grundlagen für den MSA 2024 geschaffen werden sollten.

ESA und MSA anpassen, Unterrichts ausfälle Kompensieren, Digitalisierung

Es sollen folgende Forderungen an das Bildungsministerium gerichtet werden:

1. Anpassung der Prüfungsanforderungen

Die schriftlichen Prüfungen für den ESA und MSA sollen von drei auf zwei reduziert und durch eine mündliche Prüfung ergänzt werden, um den Schüler*innen ähnliche Möglichkeiten wie Abiturient*innen zu bieten.

2. Stabilisierung des Unterrichts nach Ausfällen

Unterrichtsausfälle, bedingt durch häufige Krankheitsfälle, müssen durch bessere Vertretungsregelungen und gezielte Zusatzangebote kompensiert werden.

3. Stärkung von Digital- und Sozialkompetenzen

Um Problemen wie Vandalismus, Extremismus und schulischem Desinteresse entgegenzuwirken, sollen verstärkt

Programme zur Förderung der digitalen und sozialen Kompetenzen in den Unterricht integriert werden.

Unterrichtsinhalte:

Zusammenlegung von Fächern:

Wir fordern die Abschaffung zusammengelegter Fächer an weiterführenden Schulen (ab der 8. Klasse) sowie eine Angleichung des Stundenkontingents für Natur- und Gesellschaftswissenschaften an Gemeinschaftsschulen an das der Gymnasien.

Projektarbeit:

Die in den Klassenstufen 9 und 10 stattfindenden Projektarbeiten sollen abgeschafft werden. Mindestens muss aber der Zeitrahmen der Projektarbeit, an der man arbeiten soll, an jeder Schule gleich sein.

Informatik:

Langfristig soll Informatik als Pflichtfach ab der 8. Jahrgangsstufe an schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsschulen eingeführt werden. Eine Abwahl soll ab der Einführungsphase möglich sein. Die Ausgestaltung weiterer naturwissenschaftlicher Fächer als Wahlpflichtfächer bzw. als zusätzliche Pflichtfächer zusätzlich zum Informatikunterricht nach dem bereits verwendeten Modell zur Auswahl, der von einem/er Schüler*innen zu belegenden Naturwissenschaften soll ermöglicht werden. Nichtpädagogen*innen soll ein Direkteinstieg ermöglicht werden.

Haushaltsstreichung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Haushaltsstreichungen im Schulwesen mit sofortiger Wirkung zurückgenommen werden.

Kürzung von gesellschaftswissenschaftlicher Fächer

Wir fordern das es keine Kürzung von gesellschaftswissenschaftlichen Fächer WiPo, Geschichten und Geographie gibt. Es sollte ab E1 bis zum Abitur verpflichtend für alle Klassen / Profile sein. Auf andere gesellschaftswissenschaftliche Fächer von weniger gesellschaftlicher und politischer Wichtigkeit (Philosophie) darf nach Q1.2 verzichtet werden.

Zu Schaltung per Videokonferenz in den Unterricht

Wir setzen uns dafür ein, dass einzelne Schüler, per Videokonferenz, in den Unterricht zugeschaltet werden können. Dementsprechend sollte das Trainieren des Unterrichts über Videokonferenzen an jeder Schule Standard sein. Letzteres sollte für die Integration in den Präsenzunterricht und den digitalen Unterricht gelten, sowohl für Schüler als auch Lehrer.DAZ

(Deutsch als Zweitsprache):

Der DAZ-Unterricht soll keiner sprachlichen Segregation gleichkommen, es muss auch im regulären Unterricht möglich sein, eine individuelle DAZ-Förderung zu erhalten.

Bewertungssystem:

Die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein sprechen sich für eine übersichtlichere Regelung der Leistungsbeurteilung aus. Wir fordern, dass in den Klassenstufen 5 und 6 jede Schule selbst eine Leistungsbeurteilung gemäß ihrem Schulkonzept erarbeiten darf. In den Klassenstufen 7 bis 10 soll eine Leistungsbeurteilung nach dem Vorbild des 15-Punkte-Systems kombiniert mit dem Sternchensystem angestrebt werden. Dies sollte auf Klausuren und Zeugnisse angewendet werden. Dabei sollten sich die Schüler*innen ihr Niveau selbst aussuchen. Das Zeugnis soll mit dem Kompetenzraster ergänzt werden. Sozialkompetenzen sollen weiterhin, wie bisher, aufgeführt werden. Halbjährliche Eltern-Lehrkräfte-Schüler*Innen-Gespräche mit jeder Fachlehrkraft sollen verpflichtend angeboten werden. Ein Gespräch mit der Klassenlehrkraft soll halbjährlich verpflichtend durchgeführt werden. Die Lehrkraft sollte die persönliche Entwicklung der Schüler*innen und deren Bemühungen nicht außer Acht lassen. Es sollte jedoch nicht dazu führen, dass beispielsweise Schüler*innen, welche sich ständig am Unterricht beteiligen, deren Aussagen jedoch meist Fehler aufweisen, besser benotet werden, als jene, die sich eher weniger beteiligen, den Unterricht allerdings durch ihre Beiträge fördern und voranbringen. Qualität vor Quantität! "In der Oberstufe hast du das Recht, regelmäßig über deinen Leistungsstand informiert zu werden. Das muss mindestens zweimal pro Halbjahr geschehen, einmal spätestens vor der ersten Klassenarbeit." [SchulG 2011, § 11] Dieses Gesetz soll insofern verändert werden, dass auch Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse bereits regelmäßig über ihren Leistungsstand Bescheid bekommen. Das Bildungsministerium soll eine Online-Plattform entwickeln, die es Schüler*innen ermöglicht, alle aktuellen Noten in einem geschützten Online-System einzusehen. Bei Defiziten, wie Legasthenie oder Dyskalkulie oder ähnlichen Lernbehinderungen, ist nachsichtig, in der Bewertung vorzugehen. Hier sollen eine bessere Leistungsüberprüfung sowie alternative Lernwege und eine bessere individuelle Förderung ausgearbeitet werden. Der Nachteilsausgleich soll beibehalten und auf die Dyskalkulie ausgeweitet werden. Die Überprüfung auf Legasthenie und Dyskalkulie sollte standardmäßig für alle Schüler*innen sein und bereits in der Primarstufe durchgeführt werden.

Leistungskurs Oberstufe

Das bisherige Modell der Profiloberstufe hat mit seiner fehlenden Wahlfreiheit dazu geführt, dass es Schülern immer schwerer fällt, sich für den Unterricht zu begeistern. Deshalb fordert die LSV im Rahmen der Neujustierung der Oberstufe einen kompletten Wechsel von der Profiloberstufe zur Leistungskurs Oberstufe. Hier kann man sich am sog. "Albersdorfer Modell" orientieren. Dieses ermöglicht eine geringere Breitenförderung und somit bessere Spezialisierungsmöglichkeiten für alle Schüler*innen.

Im neu geschaffenen Leistungskurs-Modell für die Oberstufe soll jed*/r Schüler*in zu Beginn neun Fächer wählen, die durchgängig bis zum Abitur belegt werden müssen. Die Fächer werden in die Fachbereiche: Naturwissenschaften, Sprachen, Gesellschaftswissenschaften, Ästhetik und Sport unterteilt. Zu unterscheiden ist außerdem zwischen Haupt- und Nebenfächern. Zu den Hauptfächern zählen Fächer wie Mathematik, Deutsch und eine Fremdsprache. Alle weiteren Fächer sind Nebenfächer. Die Hauptfächer sind während der gesamten Oberstufe zu belegen und werden vierstündig unterrichtet. Dazu kommt das Fach Sport, das mit zwei Wochenstunden zu unterrichten ist und das Fach Religion oder Philosophie mit drei Wochenstunden. Als sechstes Fach ist eine Gesellschaftswissenschaft zu wählen, welche ebenfalls dreistündig unterrichtet wird. Wenn Englisch nicht als Fremdsprache im Rahmen der Hauptfächer gewählt wurde, ist es als Nebenfach dreistündig zu belegen. Ist dies nicht der Fall, müssen drei, ansonsten zwei weitere Fächer aus allen Fachbereichen gewählt werden, ebenso mit drei Wochenstunden. Aus den neun Fächern müssen drei Leistungskurse gewählt werden, von denen mindestens einer ein Hauptfach sein muss. Alle Leistungskurse werden dann jeweils mit 5 Wochenstunden unterrichtet. Insgesamt werden so zu keinem Zeitpunkt weniger als 32 oder mehr als 35 Wochenstunden erteilt.

Zum Abitur sollen weiterhin vier bis fünf Prüfungen abgelegt werden, davon sind drei schriftlich sowie eine oder zwei weitere mündlich. Dabei werden alle Leistungskurse geprüft, sowie die Fachbereiche NaWi, Sprachen und Gesellschaftswissenschaften. Ist ein Hauptfach gleichzeitig ein Leistungskurs, zählt dieser nur einfach. Eine schriftliche Prüfung ist nur in Hauptfächern und Leistungskursen möglich, wobei beide mindestens einmal schriftlich geprüft werden müssen. Die Abiturnote setzt sich weiterhin zu einem Drittel aus den Ergebnissen der Abiturprüfungen und zu zwei Dritteln aus den Zeugnisnoten der Qualifikationsphase zusammen.

Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe

Wir setzen uns dafür ein, dass für das allgemeine Abitur keine zweite Fremdsprache verpflichtend ist. Stattdessen soll es möglich sein, eine weitere Gesellschaftswissenschaft oder eine weitere Naturwissenschaft als Ersatz zu belegen und diese in Q2.1 und Q2.2 ins Abitur einzubringen.

Abschaffung der Benotung im Fach Berufsorientierung

Wir setzen uns dafür ein, dass im Seminarfach Berufsorientierung keine Noten mehr vergeben werden. Es sollte die Regel eingeführt werden, dass das Fach als „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet wird. Bei unentschuldigter Nichtteilnahme würde das Fach als „nicht bestanden“ gelten und als Fehlkurs gewertet werden.

Schule als Lebensraum

Man lernt am besten in einem Umfeld, in dem man sich gut und geborgen fühlt. Gerade für Kinder und Jugendliche, die zu Hause keine Geborgenheit erfahren, ist es daher besonders wichtig, sich in der Schule wohlzufühlen. Die Schule sollte daher mehr auf die Bedürfnisse ihrer Schüler*innen eingehen. Eine Schule sollte nicht nur ein Ort sein, den man nur besucht, um Freunde zu treffen, sondern ein Ort, an dem man sich freiwillig aufhält, weil man sich dort wohl fühlt und weil es ein Ort des Lernens und der Begegnung ist.

Würdige Toiletten

Wir setzen uns dafür ein dass Schultoiletten in Zukunft für Schalldicht und vollkommen abgetrennt sind, sodass eine Belästigung durch andere SuS oder ein mögliches Geräuschproblem ausfällt wodurch man wieder würdig das stille Örtchen besuchen kann. Noch dazu setzen wir uns für die bessere Instandhaltung und Hygiene bestehender Toiletten ein.

Atmosphäre/Rauminhalte

Die Gestaltung und Ausstattung der Schulräume sollte die Schüler bei ihrer Arbeit unterstützen. Deshalb verlangen wir, dass freundliche Farben an den Schulwänden verwendet werden, um eine angenehme Atmosphäre zu schaffen. Die Klassenräume sollten individuell gestaltet und nach den Maßstäben der Schüler eingerichtet sein. Jeder Raum muss regelmäßig renoviert werden, damit er ständig in einem guten Zustand ist. Außerdem sollte die Ausstattung der Räume verbessert werden, mit ausreichend Steckdosen für digitale Endgeräte, digitalen Tafeln, sowie höhenverstellbaren Tischen und Stühlen. Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit haben, in den Pausen drinnen zu bleiben, und es sollten bequeme Sitzmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ruheräume sind besonders an Ganztagschulen wichtig.

Kreisschülervertretungen

Die Schulartübergreifenden Kreisschülervertretungen sind ein wichtiges Organ der Schülervertretungsarbeit und sollten daher ein Antragsrecht erhalten, da sie mehrere Schulen und damit mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler vertreten. Eine vorangegebene Priorisierung der Anträge ist den Kreisschülervertretungen gegenüber fair, wenn sie sich an die dafür abgemachten Regeln halten.

(Offene) Ganztagschule

Die (offene) Ganztagschule ist eine optimale Schulart, da sie dazu führt, dass die Schule nicht mehr nur zum "Bilden" der Schüler da ist, sondern auch ein Ort der Freizeitgestaltung und des sozialen Miteinanders ist. Um die Zeit sinnvoll nutzen zu können, sollten folgende Punkte gewährleistet sein: Lerngruppen zu bestimmten Fächern/Themen, Hausaufgabenhilfe, gut ausgestattete Bibliotheken mit Lesesaal, Computer zur ständigen Nutzung, kostenloses und freies WLAN, Freizeiträume und Spielmöglichkeiten. Es sollten auch Themenwochen eingeführt werden und bei Schultagen, die nach 14.30 Uhr enden, sollten für die Jahrgänge 5-10 keine Hausaufgaben gegeben werden.

Vorhabenwoche

Vorhabenwochen gestalten den Verlauf der Schulzeit interessanter und sorgen für Abwechslung. Es ist wichtig, dass nicht nur Freizeit, Spiel und Spaß beinhaltet, sondern auch institutionell gestaltet werden. Daher sollten pro Schuljahr mindestens drei Vorhabenwochen stattfinden, die in eine themenbezogene Projektwoche, eine freie Projektwoche für die gesamte Schule und in eine Klassenwoche aufgeteilt werden. Praktika und Klassenfahrten sollten grundsätzlich

Freie Projektwoche

Die Planung der freien Projektwoche obliegt der Schülervertretung und sollte kurz vor den Sommerferien stattfinden. Die SV hat dafür zu sorgen, dass eine angemessene Anzahl von Projekten angeboten wird, die zur Schülerzahl passen. Die Leitung der Projekte kann von Schülern, Lehrern, Eltern oder anderen befugten Personen übernommen werden. Die vorgeschlagenen Projekte müssen dem Schulleiter zur Genehmigung vorgelegt werden, da er für den Ablauf der freien Projektwoche verantwortlich ist. In dieser Woche sind alle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte involviert, was zur Verbesserung der Atmosphäre innerhalb der Schule beiträgt und die Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern fördert.

Mitbestimmung

Schüler sind keine Randfiguren im Schulsystem, sondern zentrale Akteure, deren Meinungen und Wünsche respektiert und unterstützt werden sollten. Das gilt auch für den normalen Unterricht. Schüler und Lehrer sollten in den schulischen Gremien gleichberechtigt vertreten sein, um gemeinsam Entscheidungen zu treffen, die die Schule betreffen.

Gemeinschaft

Die Identifikation mit der Schule ist wichtig für eine starke Schulgemeinschaft. Deshalb sollten Gemeinschaftsprojekte regelmäßig stattfinden, um das Wir-Gefühl zu stärken. Jede Klasse sollte außerdem regelmäßig Zeit bekommen, um die Klassengemeinschaft zu fördern und zu stärken. Diese Tage sollten von den Schülern selbst gestaltet werden. Respekt und Toleranz sind essentiell für eine gesunde Schulgemeinschaft, daher sollten gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um Diskriminierung und Mobbing zu verhindern und einen respektvollen Umgang miteinander zu fördern.

Anti-demokratische Parteien

Wir beziehen uns zu den Grundwerten der Demokratie, der Vielfalt, der Menschenwürde und des respektvollen Miteinanders. Als Vertretung der Schülerinnen setzen wir uns für eine offene, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Vor diesem Hintergrund beschließen wir, jegliche Zusammenarbeit oder den Kontakt mit anti-demokratischen Parteien auszuschließen, aber die Entscheidungen für Ausnahmen dem Landesvorstand zu überlassen. Dies umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- die Teilnahme von Vertreterinnen solcher an Veranstaltungen, Diskussionsrunden oder sonstigen Formaten der Landesschülerinnenvertretung,
- offizielle Treffen, Gespräche oder sonstige Kooperationen mit Funktionsträger*innen entsprechender Gruppen/Parteien oder ihrer Jugendorganisation,
- die Unterstützung oder Verbreitung von Positionen, die im Widerspruch zu den demokratischen und menschenrechtlichen Grundwerten unserer Schülerschaft stehen. Um einen Missbrauch auszuschließen muss ein Ausschluss immer, durch einen nachweis der anti-demokratischen Haltung, begründet sein.

Diskriminierung

Diskriminierung und Mobbing dürfen in Schulen keinen Platz haben. Deshalb sollten Anti-Mobbing Seminare für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte verpflichtend sein. Auch ein bewusster Umgang mit Sprache und Verhalten sollte gefördert werden, um Diskriminierung entgegenzuwirken.

Klassengröße

Die maximale Klassengröße sollte auf 24 Schüler festgelegt werden, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte ausreichend auf die Bedürfnisse ihrer Schüler eingehen können.

Gesundheit

Die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler ist ein wichtiger Aspekt, der nicht vernachlässigt werden darf. Daher sollten Schulen gesundes Essen anbieten, das frisch zubereitet und aus regionalen, biologisch angebauten Produkten besteht. Auch sollen verschiedene Essensangebote, einschließlich vegetarischer und veganer Optionen, angeboten werden. Darüber hinaus ist eine umfassende Gesundheitserziehung wichtig, um Essstörungen und anderen Gesundheitsproblemen entgegenzuwirken. Die sanitären Anlagen sollten ebenfalls regelmäßig gewartet werden und über ausreichend Hygieneartikel verfügen.

Umwelt

Schulen sollten Vorbilder für Umweltschutz sein, indem sie recycelbares Papier verwenden, auf Plastik verzichten und Mülltrennung praktizieren. Auch sollte die Verwendung klimaschonender Suchmaschinen gefördert werden, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Verpflichtende Mülltrennung an Schulen

Wir fordern die verpflichtende Einführung eines einheitlichen Mülltrennungssystem an allen Schulen. Derzeit gibt es an vielen Schulen keine oder nur unzureichende Mülltrennung, wodurch wiederverwertbare Materialien wie Papier, Plastik oder Bioabfälle nicht recycelt werden. Dies führt zu unnötiger Umweltbelastung und widerspricht den Nachhaltigkeitszielen des Landes. Daher sollen Schulen verpflichtend getrennte Mülleimer für Papier, Plastik, Restmüll und Bioabfälle einführen sowie Maßnahmen zur Aufklärung und korrekten Entsorgung umsetzen.

Inklusion

Inklusion ist ein wichtiger Aspekt des Schulwesens und sollte durch die Bereitstellung von Sonderpädagogen, Schulungen für Lehrkräfte und barrierefreie Räumlichkeiten gefördert werden. Auch die Einbeziehung von Schülern in die Gestaltung inklusiver Maßnahmen und die Sensibilisierung für das Thema Inklusion sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer inklusiven Schule.

Schülerbeförderung

Die Kosten für die Schülerbeförderung sollten fair gestaltet sein, unabhängig davon, welche Schule die Schüler besuchen. Alle Schüler*Innen sollten die Möglichkeit haben, ihre Schule ohne finanzielle Belastung zu erreichen.

Gewaltfreies Schulumfeld und Integration aktueller gesellschaftlicher Themen

Wir wollen uns beim Ministerium für Bildung und Schule dafür einzusetzen, dass:

1. Gewährleistung eines gewaltfreien Schulumfelds

Schulen müssen weiterhin als Safe-Spaces für alle Schüler*innen geschützt werden. Dies erfordert, dass präventive Maßnahmen gegen Extremismus, Vandalismus und Radikalisierung intensiviert und flächendeckend umgesetzt werden. Dazu sollen verstärkt pädagogische Konzepte gefördert werden, die auf den respektvollen Umgang miteinander und die Förderung demokratischer Werte abzielen.

2. Integration aktueller gesellschaftlicher Themen altersgerecht in den Lehrplan

Gesellschaftliche Krisen, wie Kriege und Konflikte können bei Schüler*innen Ängste und Belastungen auslösen. Daher muss sichergestellt werden, dass aktuelle Themen, die eine potenzielle Belastung darstellen, in allen Klassenstufen altersgerecht und sensibel behandelt werden. Ziel ist es, Schüler*innen aufzuklären, ohne sie zu überfordern oder zu traumatisieren.

Einheitliche Schulbildung

Wir wollen das folgende Forderungen an das Bildungsministerium gerichtet werden:

Einheitliche Schulbildung bis zur 10. Klasse

Alle Schüler*innen sollen bis zur 10. Klasse eine Gemeinschaftsschule besuchen. Eine Selektion in unterschiedliche Schulformen soll erst nach der 10. Klasse erfolgen. Dadurch wird Chancengleichheit gewährleistet, da alle Kinder bis dahin die gleichen Lernvoraussetzungen und Möglichkeiten erhalten.

2. Option zur Inklusion für Förderschüler innen

Förderschüler* innen erhalten die Möglichkeit, entweder in die/eine Gemeinschaftsschule inkludiert zu werden oder eine gesonderte Schule zu besuchen, die auf ihre speziellen Bedürfnisse zugeschnitten ist.

3. Abschlussprüfung für alle (MSA)

Alle Schüler*innen, unabhängig von ihrem späteren Bildungsweg, sollen den Mittleren Schulabschluss (MSA) nach der 10. Klasse ablegen. Dies stellt sicher, dass alle die gleichen Prüfungsvoraussetzungen haben und sich Leistungen erst ab diesem Punkt unterscheidet.

Lernvideos

Das Landesschüler*innenparlament setzt sich dafür ein, dass das Land, allen Schülern zu allen prüfungsrelevanten Themen Lernvideos finanziell fördert. Diese sollten alle essenziellen Inhalte enthalten und diese interessant aufbereiten.

Diese sollten alle spezifischen und essenziellen Fachanforderungen von Schleswig-Holstein enthalten.

Demokratie Bildung

Wir fordern von der Landesregierung und von der Ministerin Karin Prien, die Streichung von gesellschaftswissenschaftlichen Fächern zu hinterfragen und andere Sparmaßnahmen vorzunehmen. Die Entwicklung des Demokratieverständnisses und die Auffassung eines Rechtsstaates sind essentiell, um nicht nur die Strukturen in Deutschland verstehen zu

können, sondern auch unabdingbar, wenn es um die Frage der Wahl geht. Wie soll sich ein Schüler ein korrektes politisches Bild von einer bestimmten Lage machen, wenn ihnen das Grundlagenverständnis jener Ordnung fehlt? Das LSP hinterfragt die Kompetenzen einer Landesregierung, wenn in der Bildung Sparmaßnahmen getroffen werden, die fern ab vom Wohle der Schülerinnen und Schüler sind. Es sollte daher nicht nur eine ausreichende Bildung geben, die die Grundprinzipien bei den Schülerinnen und Schülern festigt, sondern auch eine Bildungspolitik, die sich frühzeitiger mit diesen Themen in der Bildung befasst.

Die Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein hat beschlossen:

"Das sich die Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein sich gegenüber dem Bildungsministerium und der Landespolitik dafür ein setzt, dass ein verbindlicher Rahmenplan für Demokratiebildung für alle allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein entwickelt und eingeführt wird.

Dieser Rahmenplan soll Demokratiebildung als verpflichtende Querschnittsaufgabe in allen Fächern verankern und sicherstellen, dass Schüler*innen bis zur Jahrgangsstufe 9 bestimmte inhaltliche und methodische Grundlagen der Demokratiebildung durchlaufen haben.

Für die Jahrgangsstufen 10 bis 13 soll dieser Rahmenplan in einer erweiterten Form weitergeführt werden.

Der Rahmenplan soll unter anderem folgende verbindliche Elemente enthalten:

- Demokratietage an allen Schulen
- Verpflichtende Besuche von Gedenkstätten zur historisch-politischen Bildung
- Regelmäßiger Austausch mit Mandatsträger*innen, Funktionsträger*innen und Politiker*innen auf kommunaler, regionaler und Landesebene (z. B. durch Schulbesuche, Diskussionsformate oder Planspiele)
- Besuch des Schleswig-Holsteinischen Landtags im Laufe der Schullaufbahn
- Fachübergreifende Vermittlung demokratischer Werte, Verfahren und Institutionen
- Festgelegte Mindeststandards, was Schüler*innen an demokratischen Kompetenzen und Wissen am Ende der jeweiligen Jahrgangsstufen erworben haben sollen"

Schule und Extremismus

Holocaust Education

Extremismus steht im Widerspruch zu unseren moralischen, ethischen und demokratischen Werten und darf nicht toleriert werden. Wir fordern eine effektivere und nachhaltigere Holocaust-Erziehung in Schulen. Dazu könnten Austauschprogramme mit Schülern aus anderen Regionen und Ländern sowie Besuche von ehemaligen Konzentrationslagern beitragen, um das Bewusstsein für Extremismus zu schärfen und die Bedeutung von Toleranz und Akzeptanz zu vermitteln.

Ein Zeichen setzen gegen Rechtsextremismus

Wir fordern, dass an Schulen keine Symbole, Kleidung, Musik oder Gesten gestattet werden, die dem Nationalsozialismus zugeordnet werden können. Eine offizielle Liste solcher Symbole sollte auf der Webseite des Bundesverfassungsschutzes verfügbar sein.

Schule und Sexualität

Sexualität ist ein wichtiger Aspekt des Lebens und sollte offen und respektvoll behandelt werden. Wir fordern einen offeneren Umgang mit Sexualität in Schulen und die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler, mit Personen verschiedener sexueller Orientierungen zu sprechen. Außerdem sollte Sexualkundeunterricht bereits in der Grundschule beginnen, um Ängste abzubauen und Verständnis zu fördern.

Die aufgeklärte Schule

Jeder sollte wissen, dass es keinen Unterschied macht, welche sexuelle Orientierung jemand hat. Daher fordern wir, dass Schüler*innen ab der 3. Klasse Sexualkundeunterricht erhalten, um sie zu aufgeschlossenen und fortschrittlichen Menschen zu erziehen. Lehrkräfte sollten ebenfalls offen mit ihrer Sexualität umgehen können, und die sexuelle Orientierung der Schülerinnen und Schüler sollte keinen Einfluss auf ihre Noten haben.

Anderweitiges politisches Engagement

Es ist wünschenswert, dass sich Jugendliche neben der Schülervertretung auch in den Jugendbeiräten ihrer Kommunen engagieren. Die Schülervertretung sollte als Bindeglied zwischen Schule und Kommunalpolitik fungieren, und Kommunalpolitiker sollten den Jugendlichen bei politischen Fragen unterstützen.

Schule und Politik

Alle Schülerinnen und Schüler sollten im Laufe ihrer Schulzeit die Möglichkeit haben, den Landtag oder Bundestag zu besuchen und an einer Sitzung teilzunehmen. Dies sollte im Rahmen des Weltkundeunterrichts erfolgen und dazu beitragen, ein Verständnis für den Staat und die politischen Prozesse zu entwickeln.

Arbeit der Schülervertretung

Die Schülervertretung ist ein wichtiges Organ der Schule und sollte entsprechend unterstützt werden. Dazu gehören eine institutionalisierte Verfugungsstunde, ein Mindestetat und finanzielle Unterstützung durch Fördervereine. Außerdem sollte es einen engen Kontakt zwischen Schulleitung und Schülervertretung geben.

Kooperation mit Vereinen

Eine bessere Kommunikation und Kooperation zwischen Sportvereinen und Schulen sollte stattfinden, um den Schülern mehr Möglichkeiten für außerschulische Freizeitangebote zu bieten. Diese Kooperationen sollten auf freiwilliger Basis stattfinden und die schulischen Leistungen der Schüler nicht beeinflussen.

Antisemitismus

Diskriminierung gegenüber jeglicher Religion ist ein absolutes No-Go. Die Fachanforderungen sollen zeitgemäßen Antisemitismus spezifisch einbinden. Die Diskussion über Antisemitismus muss stark vertretendes Thema an Schule sein. Der Kampf gegen Antisemitismus an Schulen muss jederzeit mit voller Leidenschaft weitergeführt werden.

Sonstiges

Schule und Religion

Wir schlagen vor, ab der 5. Klasse den Religionsunterricht durch einen religionsübergreifenden oder religiös neutralen Ethikunterricht zu ersetzen. Ab der 7. Klasse sollte den Schülern die Wahl zwischen Ethik/Philosophie und Religion gegeben werden, wobei Ethik Vorrang haben sollte. Schüler sollten auch ihr Auftreten ihrer Religion entsprechend anpassen dürfen, solange es im akzeptablen Rahmen bleibt.

NTA für Dyskalkulie

Wir setzen uns dafür ein, dass in den naturwissenschaftlichen Fächern (Physik, IT, Mathematik und Chemie) ein ähnlicher Nachteilsausgleich für von Dyskalkulie betroffene Schüler*innen geschaffen wird, wie in den üblichen Fächern bei einer Lese-Rechtschreib-Schwäche. "Zudem werden ADS und ADHS zu Gründen von Nachteilsausgleichen im Grundsatzprogramm festgelegt."

Außer reguläres Schulfach

Wir fordern ein außerreguläres Schulfach, in dem den Schüler*innen über einen Zeitraum von einem Jahr etwas über Steuern, Versicherungen etc. beigebracht werden. An einigen Schulen werden solche Inhalte bereits auf freiwilliger Basis angeboten, wir möchten diese aber verpflichtend und flächendeckend ermöglichen.

Zuschauer bei der Mündlichen Prüfung

Der Landesvorstand setzt sich dafür ein, dass es den Prüflingen in mündlichen Prüfungen obliegt, zu entscheiden, ob sie eine zuschauende Lehrkraft zulassen oder nicht, so wie es bei Eltern, hospitierenden Schülerinnen und Schülern und dem Schulträger bereits der Fall ist.

Vertretung der Grundschüler

Wir setzen uns dafür ein das die LSV der Gymnasien, die LSV der Förderzentren und die LSV der Gemeinschaftsschulen ein Grundschulmandat erhält. Damit die Grundschüler auf Landesebene besser vertreten werden können.

Wehrpflicht

Wir setzen uns dafür ein, dass in einer möglichen Einführung des Pflichtjahres für die Gesellschaft eine hohe Wahlmöglichkeit der verschiedenen Dienste besteht. Dabei sollte gewährleistet werden, dass die Entscheidung frei steht, welchem Dienst man sich verpflichtet und in keinem Fall darf man für den Wehrdienst verpflichtet werden, wenn man dies nicht ausdrücklich wünscht.

Fahrzeit

Die Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen unterstützt es das Schülerinnen und Schüler, deren tägliche Gesamtfahrtzeit zur Schule die tatsächliche Unterrichtszeit mit Lehrkraft an diesem Tag übersteigt, es ermöglicht werden soll, nach eigenem Ermessen die entsprechenden Aufgaben zuhause zu erledigen (Distanzlernen), sofern die inhaltliche Qualität und Nachvollziehbarkeit der Arbeit sichergestellt ist.

Organisatorisches LSV

Öffentlichkeitsarbeit

Die Landesschüler*innenvertretung setzt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf Soziale Netzwerke wie Instagram und beteiligt sich weiterhin aktiv an der Pressearbeit. Der Landesschüler*innenvertretung ist die Bekanntmachung ihrer Arbeit wichtig. Wir wollen eine transparente Arbeit durch unsere Öffentlichkeitsarbeit auf sozialen Netzwerken verbreiten.

Gendern

Es obliegt dem Vorstand, ob und auf welche Weise gegendert wird, geschlechtsneutrale Sprache soll mündlich verwendet werden, in Texten soll mit Sternchen gegendert werden.

Zentralisierte E-Mail Adressen

Die Landeschüler*innenvertretung, der Gemeinschaftsschulen in SH möge sich dafür einsetzen, dass alle SVen zentralisierte E-Mails vom Land bekommen oder dass die Schulen extern von außerhalb der Schule erreichbare E-Mails verpflichtend einrichten müssen.

Organisatorisches Schule

Der Lehrkörper

In unseren Augen soll der Lehrkörper kein reiner Wissensvermittler sein, sondern viel mehr als Lernhelfer dienen. Deshalb darf nicht der zeitliche Druck, den Unterrichtsstoff zu behandeln, im Vordergrund stehen, sondern das Interesse und die Wünsche der

Schüler*innen müssen oberste Priorität haben. Wir fordern, dass alle Lehrkräfte unabhängig von Gymnasium oder Gemeinschaftsschule die gleiche Ausbildung durchlaufen müssen. Diese Ausbildung sollte so praxisnah wie möglich ablaufen und nicht mit einem Praxiszeitraum von 2 Jahren Referendariat abgetan werden. Jedoch sollten in der Oberstufe so wenige Referendar*innen wie möglich eingesetzt werden. In der Regel sollten Referendar*innen von Fachlehrkräften begleitet werden. Des Weiteren brauchen wir mehr gut ausgebildete Fachlehrkräfte in allen Bereichen, die möglichst nicht durch zeitlich begrenzte Verträge, sondern durch Verbeamtung an die Schule gebunden sind. Da die Welt immer fortschrittlicher wird, darf es nicht sein, dass die Lehrmethoden und der Wissensstand der Lehrkörper nicht daran angepasst werden. Deshalb fordern wir die verpflichtende, stetige Weiterbildung der Lehrer*innen, sowie einen Leistungsnachweis über das neu Erlernte. Diese Weiterbildungen sollen inhaltlich sowohl den Unterricht, neue wissenschaftliche Ergebnisse sowie den geübten Umgang mit den neuen technischen Möglichkeiten abdecken.

Finanzen

Es ist nicht hinnehmbar, dass mehr Geld für die Bundeswehr als für die Bildung der Kinder ausgegeben wird. Wenn uns etwas daran liegt, dass unsere Zukunft nicht aus halbherzig ausgebildeten Menschen und vielen Waffen, sondern aus hervorragend gelehrt, fortschrittlichen, verantwortungsbewussten Menschen und Frieden besteht, so dürfen die Bildungsausgaben nicht länger geringer als die für die Bundeswehr sein. In unseren Augen müssen wir alles dafür tun, unserer Jugend die bestmögliche Bildung zu verschaffen.

Schulleiterwahlausschuss

Wir setzen uns für eine gleichmäßige Verteilung der Stimmenzahl im Schulleiterwahlausschuss ein. Die aktuelle Verteilung der Sitze im Schulleiterwahlausschuss ist wie folgt: Lehrkräfte: 5, Elternvertreter*innen: 3, Schüler*innenvertreter*innen: 2. Dies ist für uns aus folgenden Gründen unverständlich: Die Schüler*innen sind tagtäglich in der Schule und haben über Schüler*innensprecher*innen und Schüler*innenvertretung auch einen sehr starken Bezug zum Schulleiter, zusätzlich ist der Schulleiter in seiner Position in der Lage, das Schulleben sehr stark mitzugestalten, sowohl zugunsten als auch zum Missgunsten der Schüler*innen. Darüber hinaus stellt es für uns eine in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein weit verbreitete Problematik dar, das Misstrauen in die Jugend. Das Ministerium stellt mit dieser Gesetzgebung eindeutig die Meinung der Schüler*innen in den Hintergrund und möchte lieber die "Erfahreneren" und/oder Älteren entscheiden lassen. Leider vertreten sie oft nicht das Wohl des Schülers oder der Schülerin. Weiterhin stellt es für uns eine Ungerechtigkeit dar, dass die Schule für die Schüler*innen genauso ein Lebensort ist wie für die Lehrkräfte, diese aber trotzdem deutlich weniger Mitspracherecht haben. Unser Lösungsvorschlag ist, die Schüler*Innen sollten alle anderen Gremien gleichgestellt sein, aus unserer Sicht sollte eine Sitzverteilung von: Lehrkräfte: 3, Elternvertreter: 3, Schülervertreter: 3 angestrebt werden. Dies ist jedoch schwer, da so auch der Schulträger seine Anzahl an Mitgliedern im Schulleiterwahlausschuss um eins reduzieren müsste, was jedoch auch über das Schulrecht möglich ist, es könnte jedoch trotzdem ein Konfliktpunkt darstellen.

Die kostenlose Schule

Wir fordern, dass alle Schüler*innen ohne Zusatzkosten zur Schule gehen kann. Teurere unterrichtsspezifische Materialien wie zum Beispiel Taschenrechner und Atlanten müssen in Klassensätzen von der Schule gestellt werden. Deutschland kann es sich nicht länger

leisten, finanzielle Hürden aufzustellen und so für die Diskriminierung finanziell schlechter gestellten Schüler*innen zu sorgen. Dazu gehört auch, dass das Verkehrsnetz in ländlichen Regionen Schüler*innenfreundlicher ausgebaut wird und die Fahrtkosten für Bus und Bahn übernommen werden.

Anonymisierte Klausuren

Das Landesschüler*innenparlament setzt sich dafür ein, Klausuren zu anonymisieren.

Feedback System

Die Landesschülervertretung der Gesamtschulen unterstützt das es eine landesweit einheitliche und verpflichtende Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler geben soll, Lehrkräfte regelmäßig zu bewerten und ihnen Feedback zu geben. Ziel ist es, die Unterrichtsqualität zu verbessern und den Dialog zwischen Lernenden und Lehrenden zu stärken.

Schulleben und Alltag

Medien in der Schule

Jedes Medium ist zunächst als Wissensquelle zu betrachten. Daher muss jede Schülerin und jeder Schüler in der Schule kostenlosen Zugang zum Internet haben. Die sich verändernde Medienwelt ist eine Chance, den Unterricht und die Lehrmethoden neu zu gestalten. Um zu garantieren, dass diese digitalen Lernmethoden auch sinnvoll angewandt werden, fordern wir eine Stundenanzahl an digitalen Fortbildungen für Lehrkräfte festzulegen. Diese Fortbildungen sollten verpflichtend sein. Viele Schulen weltweit zeigen, dass Bildung durch moderne Medien sehr gut funktioniert. Beispielsweise wird an einigen Schulen vermehrt mit digitaler Tafel gearbeitet. Dies muss noch weiter vorangetrieben werden. Zudem ist es wichtig, dass jede Schülerin und jeder Schüler das Recht und die Möglichkeit hat, ein digitales Endgerät während des Unterrichts zu nutzen. Auch Klausuren müssen mit einem digitalen Endgerät wie z.B. einem Tablet geschrieben werden dürfen.

Schülerinnen und Schüler, die kein eigenes digitales Endgerät haben, müssen ein digitales Endgerät von der Schule gestellt bekommen, das sie auch zu Hause für die Unterrichtsvorbereitung nutzen dürfen. Alle Schulen sollen ein Digitalsystem haben. Das System soll aus einer Website und einer App für die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern bestehen. Vertretungspläne, Hausaufgaben, Arbeitsblätter, Klassen-/Kursbücher, Kommunikationsmöglichkeiten mit den einzelnen Personen usw. sollen darin zusammengefasst werden. Wir fordern daher zusätzlich die Bereitstellung eines Intranetzwerkes und die verpflichtende Nutzung dieses. Lehrkräfte sollten verpflichtend an Lehrgängen an einem bestimmten Programm teilnehmen, um die richtige Benutzung zu erlernen. Das Geld für die Anschaffung von einem Internetprogramm soll vom Land gestellt werden. Um Probleme mit dem Handling des digitalen Endgeräts und anderer moderner Medien zu verhindern, fordern wir, das Fach "Moderne Medien" ab der 5. Klasse einzuführen und mindestens bis zur 10. Klasse einmal pro Woche zu unterrichten. Hierfür werden natürlich qualifizierte Lehrkräfte benötigt. Zum gewissenhaften Umgang mit modernen

Medien gehört in unseren Augen auch, dass die Nutzung von Mobiltelefonen außerhalb der Unterrichtszeit im Schulgebäude nicht verboten werden darf.

Digitale Bildung

Das Landesschülerparlament fordert das Bildungsministerium Schleswig-Holstein auf:

1. Digitale Bildung stärker in den Unterricht zu integrieren, insbesondere durch fächerübergreifende Projekte, Medienbildung und Grundkenntnisse der Informatik.
2. Die Vermittlung von Medienkompetenz und dem kritischen Umgang mit digitalen Inhalten verpflichtend in den Lehrplänen zu verankern – damit Schüler*innen lernen, Informationen richtig einzuordnen, Desinformation zu erkennen und sicher im Internet zu agieren.
3. Lehrer gezielter auf digitalen Unterricht vorzubereiten, unter anderem durch verpflichtende Fortbildungen und technische Unterstützung.

Handyverbot

Wir sprechen uns gegen ein pauschales Handyverbot an Schulen aus und setzen uns stattdessen für die pädagogische Freiheit der Schulen ein, eigene Konzepte zur Nutzung digitaler Endgeräte zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Die Entscheidung über die Nutzung von Handys und anderen digitalen Endgeräten im Schulalltag soll den Schulen selbst überlassen werden.
- Schulen sollen die Möglichkeit haben, Konzepte zu erarbeiten, die sowohl die pädagogischen Chancen als auch mögliche Herausforderungen der Handynutzung berücksichtigen.
- Dabei sollen insbesondere Aspekte der Medienkompetenz, des Datenschutzes sowie der sozialen Interaktion in den schulischen Alltag integriert werden.
- Jegliche gesetzlichen Vorgaben oder Verordnungen, die ein generelles Handyverbot an Schulen vorschreiben, sollen abgelehnt werden.

mehr Schulpsycholog*en*innen

Wir fordern, dass mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychogen für die einzelnen Landkreise eingesetzt werden und somit regelmäßige Beratung für Schülerinnen und Schüler an den Schulen möglich wird. Psychische Beratungskräfte wie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter und Mental Health Coaches sollten ebenfalls weiterhin eine wichtige Rolle im Schulalltag spielen und mehr werden. Tag der Demokratie

Wir fordern die Einführung eines landesweiten „Tag der Demokratie“ für alle Schulen im Land geprüft und umgesetzt werden soll. Dieser Tag soll allen Schüler*innen die Möglichkeit geben, Demokratie praxisnah zu erleben. Dieser Tag soll flexible Formate umfassen, darunter Workshops, Simulationen, Diskussionsrunden, Projekte und Exkursionen zu politischen Institutionen. Schulen sollen dabei eng mit externen Partnern wie Bildungseinrichtungen, politischen Stiftungen, lokalen Institutionen und der kommunalen Politik zusammenarbeiten können. Ziel ist es, die politische Bildung und das demokratische Bewusstsein zu fördern.

Klassen überspringen und Wiederholen

Wir wollen uns dafür einzusetzen, dass Schüler*innen in der Unter- und Mittelstufe, genauso wie Schüler*innen der Gymnasien zu jeder Zeit Klassen überspringen sowie wiederholen dürfen. Man sollte aufgrund seiner Schulart keinesfalls das Grundrecht auf Gleichberechtigung verlieren. Diese Ungerechtigkeit sollte ausgeräumt werden.

Unterrichtszeiten an Fahrpläne anpassen

Wir wollen uns dafür einzusetzen, dass die Schulen in Absprache mit den Busunternehmen die Unterrichtszeiten an die Fahrpläne anpassen oder andersherum.

Begründung: Stand jetzt verpassen Schüler*innen aufgrund von fehlender Kommunikation zwischen den Schulen und den Verkehrsunternehmen oft um wenige Minuten ihre Verbindungen und müssen dann lange warten. Schlechte Verbindungen beeinflussen die Schulwahl.

Ausbau des ÖPNV

Der Landesvorstand soll sich dafür einzusetzen, dass der öffentliche Personen Nahverkehr besser ausgebaut und optimiert wird dies soll dazu führen, dass sich die Fahrzeiten, wenn man den mit dem öffentlichen Nahverkehr fährt, der Fahrzeit, wenn man mit dem Auto fährt, angleicht. Dabei dürfen bei der Optimierung keine Strecken oder Haltestellen gestrichen werden so lange kein Ersatz geschaffen wird.

Kostenfreies Deutschlandticket für alle SuS

Wir setzen uns für ein kostenfreies Deutschlandticket für alle SuS ein. Damit alle SuS die Chance bekommen einfach und unkompliziert zur Schule zu gelangen, egal in welchen Verhältnissen sie leben.

Entfall

Die Landesschülervertretung der GEMS setzt sich dafür ein, dass EVA und Vertretung ohne Lehrer in der Statistik als Entfall zu behandeln ist.

